

Bezugpreise:
Für Halle monatlich für zweimonatliche
Lieferung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post 22,50 Mk.
ausföhr. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Verlags-
stellen angenommen. Im
amtlich. Zeitungsergebnis unter
Ecole-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Rücksende nur mit der
Quellennangabe. Ecole-Zeitung ge-
staltet. Fernr. der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gepaltene 34 mm breite Zei-
tungszeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Restformen
die 92 mm breite Zeilenzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigenverträge, Erfüllungsort:
Halle, Geschäftsstellen: Große
Königs- und Montags 1 mal
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Prome-
nade 1a, St. Braunschweig 17.
Halle; Geschäftsstellen: Große
Königsstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4008

Nr. 321.

Halle, Dienstag, den 13. Juli 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Die Entspannung in Spa.

Die Montag-Vormittagssitzung wegen Besprechungen mit den Polen abgesetzt — Ablehnender Standpunkt der alliierten Sachverständigen in der Kohlenfrage — Einleitung des Waffenstillstandes zwischen Rußland und Polen — Sowjetrußlands Bedingung: Anerkennung der bolschewistischen Regierung.

Der Stimmungsumschwung in Spa.

Die Presse der Deutschen Volkspartei und ihrer weiter rechts gerichteten Schwester schwimmt in Wonne ob des „schöneigen“ Tones, den Herr Stinnes, ihr Halb-
gott, auf der Konferenz in Spa angeschlossen hat, und
führt die jetzt unbestreitbar eingetretene Besserung in
der Zone der alliierten Staatsmänner auf das Aufsteigen
von Stinnes und des Generaldirektors der Krupp-Werke
Wiedefeld zurück. Das halloische Organ der Partei ver-
kündet sogar frohlockend, die Stimmung unter den Deut-
schen sei sehr kampflustig geworden, und wenn die
Entente nicht einlenke, so dürfte die Konferenz an der
Kohlenfrage scheitern. Man habe auf deutscher Seite
durchaus keine Lust, die Konferenz weiter fortzusetzen,
und habe erkannt, daß die gegenwärtige Konferenz zu
nichts führen könnte. Man sieht, die Deutsche Volkspartei
ist schon wieder auf dem Wege, die Dinge in Spa
parteipolitisch auszufrachten, und die Bevölkerung
daran zu machen, daß es nur ihr, der D. V. P., zu
danken sei, wenn wir doch endlich auf der neuen Friedens-
konferenz eine bessere Behandlung genießen, als es
anfangs gemeint wurde.

So wie es die volksparteiliche Presse darzustellen
mag, liegen nun aber die Dinge in Wirklichkeit nicht.
Das, was Herr Stinnes als Einzelperson — Dr. Simons
hat ihn als amtlichen Unterhändler glatt abgelehnt —
vorbrachte, war sachlich wohl durchaus richtig, aber der
Ton, in dem er es tat, war alles andere als geeignet,
die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die den
„Verhandlungen“ bisher noch entgegenstanden. Auch
wir fordern mannhaftes, rücksichtsloses Auftreten der
deutschen Delegierten. Fortwährend in res. suavior in modo.
Die provokatorische Art des Herrn Stinnes hätte aber,
darüber lassen die ausführlicheren Berichte über die
Sitzung keinen Zweifel, neue ernste Schwierigkeiten
bereiten können, wenn sie nicht durch die überaus ernten,
ruhigen und sachlichen Ausführungen des Gewerkschafts-
führers Hus und des Reichsministers Dr. Simons aus-
geglichen worden wären. Diesen beiden Männern ist
es in allererster Linie zu danken, daß Lloyd George,
Mikeland und Genossen nachdenklich wurden und sich
zu einer Verhandlungsart bequemen, die der Würde
der Konferenz, in der es um das Schicksal ganz Europas
geht, mehr angepaßt ist. Der entscheidende Passus in der
Rede Hus war der folgende:

„Wir können hier beschließen, was wir
wollen, eine Konferenz von Diplomaten kann be-
schließen, was sie will, letzten Endes wird in den
Verhandlungen darüber entschieden, wie die Bedin-
gungen der Forderungserhöhung zu ermitteln
sind und wie sie überhaupt vor sich gehen soll.
Aus diesem Grunde werden wir uns an die Regeln
und auch nur an die Bedingungen von Zwangsmaß-
regeln nur das Gegen teil von dem beabsichtigten
Zweck erreichen. Darüber sollte man sich von vor-
her ein klar sein, um mit diesen Faktoren zu einer
Verständigung zu kommen.“

Wir deutsche Bergarbeiterdelegierten sind der
Anschauung nach Spa gern gefolgt, in der Hoffnung,
hier mit den Vertretern anderer Länder zu ver-
handeln, nicht allein zum Zwecke des Wiederauf-
baues Frankreichs, sondern der ganzen Welt. Zu
dieser Mitarbeit erklären wir als Vertreter der deut-
schen Bergarbeiterorganisationen uns lehrbereit bereit.
Ich kann die Vertreter der Ententevertreterinnen nur
dringlich bitten, uns diese Mitarbeit zu er-
möglichen.“

Daß tatsächlich Hus, wenn man so sagen darf, der
Held des Tages gewesen ist, zeigte sich auch in der Deu-
tung zwischen den Sitzungen. Lloyd George ging auf
Hus zu und sprach ihm an: „Sie haben eine gute Rede
gehalten. Sie haben auf mich einen sehr guten Eindruck
gemacht.“ Worauf Hus erwiderte: „Ich danke Ihnen,
hoffentlich wird sie auch auf mich wirken.“

Wenn die volksparteiliche Presse sich so sehr für die
kampfbereite Stimmung der Deutschen begeistert, so
können wir doch nicht die Bemerkung unterdrücken, daß
unser Vertreter nicht nach Spa gefolgt worden sind, um
sich dort zum Wandern der Galerie mit unseren Gegen-
partnern in Schlagwortpolemiken anzuregen und durch
die Pole zu imponieren, sondern um in ernsthafter, sach-
licher Arbeit dafür zu sorgen, daß die Konferenz in einer
als nutzlos abgebrochen wird, sondern zu einer
Verständigung führt, durch die der Wiederaufbau
Deutschlands und Europas gesteuert wird. Dieser Weg
ist zwar mühsamer und erfordert mehr Selbstbe-
herrschung und Verstand, als wenn man sich gegenwärtig
Geebzeiten an den Kopf wirft und mit unter Umständen

komisch wirkender Gewandezza die Aktienmappe unter
den Arm nimmt und verschwindet, sobald man mit seinem
Konten zu Ende ist. In der Vergangenheit war es ja
gerade die letztere Art des produzierenden Pöbels, die
uns so unendlich gehasht und dazu beigetragen hat,
daß wir unter der gemeinamen Aufsehung der ganzen
Welt dagegen zusammengebrochen sind.

Was die volksparteiliche Presse wieder ihre Partei nicht
mit fremden Feinden schmiden. Wenn eine Wandlung
zu unseren Gunsten in Spa eingetreten ist, so verdanken
wir es Dr. Simons und Hus in erster Linie und Herrn
Stinnes nur insofern, als der sachliche Inhalt seiner
Ausführungen zutrifft. Am übrigen sollte die „natio-
nale“ Presse das eine bedenken, daß gerade ihre ewig
nörgelnde und kritische Art es ist, die unseren amtlichen
Unterhändlern das Leben sauer macht, weil sie
immer darauf gefaßt sein müssen, statt ermunternde An-
erkennung einen häßlichen Stich aus der Heimat zu er-
halten, der sie in der Abtötung der ausländischen Staats-
männer herabsetzt.

Doch genug von der Auseinandersetzung mit der
volksparteilichen Presse, die ja immer den Mund etwas
voll nimmt, um den weniger urteilsfähigen Elementen
zu imponieren. Selber wir würden, daß die Verhandlung
in Spa gekommen ist. Die Sache hat sich also so ent-
wickelt, wie wir in dem Leitartikel unserer Sonnabend-
Morgennummer es ausgeprochen haben. Wir sind auf
dem Wege zur Revision des Versailles Vertrages.
Unsere Gegner haben den Willen, die Vorschläge unserer
Delegation eingehend zu beraten. Man hat sich wirklich
an den Verhandlungstisch gesetzt und es besteht begrün-
dete Hoffnung, daß eine annehmbare Grundlage für die
Erfüllung unserer Pflichten und für eine wirtschaftliche
Zusammenarbeit aller europäischen Staaten gefunden
wird. Es sind noch gewisse Schwierigkeiten zu über-
winden und es kann noch zu mancher Spannung kommen.
Darüber wollen wir uns nicht äußern. Aber der
Weg ist betreten, der uns wieder aufwärts führen muß.

Neues aus Spa.

Weslich, 12. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Die für
heute vormittag 11 Uhr angesetzte Sitzung der Konferenz
von Spa hat überhaupt nicht stattgefunden, was zu den
abenteuerlichsten Gerüchten Anlaß gab. Es ergab sich je-
doch, daß die Alliierten es für dringend notwendig gehalten
hatten, zunächst eine Besprechung mit den Polen
abzuhalten, weshalb die Konferenz mit den deutschen Ver-
tretern erst heute nachmittag um 3 Uhr stattfindet. Die
deutschen Vertreter hatten sich selbstverständlich mit ihren
Arbeiten auf die festgesetzte Zeit von 11 Uhr vormittags
vorbereitet und hatten bis spät in die Nacht hinein den
Besuch unternommen, den Franzosen einige Angelegenheiten
abzuhandeln. Es erregte jedoch fraglich, ob den deutschen
Sachverständigen dies gelungen ist. Die Gestalt eines Ab-
bruchs der Konferenz besteht nach wie vor, aber es sind
starke Einflüsse im Gange, um dies zu verhindern.

Spa, 12. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Die Sitzung des
Obersten Rates hat sich unter dem Vorsitz Lloyd Georges
länger ausgezogen, jedoch die Vollversammlung der Kon-
ferenz auf den Nachmittag verfahren wurde. Der Generals-
sekretär der Konferenz Reaumeun teilte dies dem Außen-
minister Simons mit und fügte hinzu, daß er glaube sagen
zu können, daß die Alliierten heute vormittag frucht-
bare Arbeit geleistet hätten.

Spa, 12. Juli. Wie der Vertreter der A. B. R. erklärt,
findet am Nachmittag 4 Uhr eine Besprechung der Chef-
der der Konferenz vertretenen Regierungen statt, an
der deutscher Seite der Reichsminister und Minister Dr.
Simons teilnehmen. Um 4 Uhr treten die Sachverständigen
neuerdings zusammen.

Spa, 12. Juli. Der Bericht der Sachver-
ständigen der Alliierten in der Kohlenfrage
lautet: Die Sachverständigen der Alliierten sind der An-
sicht, daß die von den deutschen Delegation vorgetragenen
Hilfen nicht heranzuführen, daß sie irgend eine Veränderung in
den Dispositionen der am 9. Juli mitgeteilten Protokolle
rechtfertigen würden.

Paris, 12. Juli. Das „Journal des Debats“ verteidigt
die Haltung Mikeland, dessen Sprache die eines
mühsamen Staatsmannes gewesen sei. Gegenüber gewissen
Kritiken in der heutigen Morgenpresse sagt das Blatt,
Frankreich verfolge zwei Ziele, es wolle Deutschland in die
Unmöglichkeit versetzen, die militärischen Unternehmungen
wieder zu beginnen und wolle von ihm Wiedergutmachung.
Um dies zu erreichen müßte man in militärischer und poli-
tischer Hinsicht hart sein. Man müßte sich aber auch be-
mühen, eine wirtschaftliche Lage zu schaffen, damit man be-
schäftigt werden könne. Man müßte nur eine methodische har-
schende Politik anwenden. Die Männer, die das Ziel nur
in einem zänklichen Vorgehen sehen, können auf diesem
Wege zu sein. Folgt man ihnen, so gerät man den An-

sehen, daß man an der Kraft Frankreichs verzweifelt und
werde sich dadurch um den materiellen und moralischen
Nutzen des Sieges bringen.

Spa, 12. Juli. Beim Empfang der belgischen
Journalisten betonte Mikeland als Hauptbe-
dingung das Einvernehmen zwischen den Alliierten. Wenn
die Alliierten unter sich vollkommen einig sind, wird das
Wortgebot von Seiten der Alliierten gegenüber Deutsch-
land im Verlaufe der Sitzung der Konferenz zu sprechen
und sagte: Zunächst ist es der wichtigste Punkt, die
Alliierten, den Versailler Vertrag unverändert
auszuführen zu lassen. Dann ist es in Anbetracht
dessen, daß der Krieg leidet, ist der feste Entschluß, den
Deutschen weder Ausflüchte noch Kunstgriffe zu erlauben,
die den Geist des Vertrages kompromittieren würden. Die
Alliierten hätten kein Interesse daran, Deutsch-
land zu schwächen und seien bereit, ihr Möglichstes
zu tun, um es in wirtschaftlicher Hinsicht zu
unterstützen. Die Konferenz werde heute Abend zu
Ende gehen.

Spa, 12. Juli. Die „Nation belge“ berichtet, die Ver-
handlungen über die Vereinfachung der deutschen Entschädigung
hätten gestern einen großen Fortschritt gemacht. Zuerst sei
Belgien ein Anteil von 8 Prozent endgültig zuerkannt wor-
den zu unter den von ihm gestellten Bedingungen der Be-
haltung der Geoprien und der Anerkennung des Versailler
Abkommens. England habe zunächst Einwände gemacht, aber
nach Erlangung gewisser Konzessionen von einer anderen
Macht (wie das Blatt glaubt Griechenland) ebenfalls zu-
gegeben. Das Blatt schloß mit dem Hinweis, die alliierten
Mächte durch die Separatverhandlungen anzuerkennen lassen
und hätten ihm zugestimmt. Ueber die Einzelheiten der
A 434 Sitzung durch Deutschland werde mit Deutsch-
land nach Beendigung der Konferenz von Spa verhandelt
werden müssen. Belgien erhalte außerdem das Versprechen,
40 Prozent in natura von den Sachlieferungen zu erhalten,
zu denen Österreich und Ungarn durch den Friedensvertrag
verpflichtet seien. Auch die Frage der Deckung der belgischen
Priorität von zwei Milliarden Goldmark (nicht 2,5 Milliar-
den wie man dem Blatt zufolge irrtümlich behauptet)
ist ebenfalls entschieden worden. Die Deckung geschieht da-
durch, daß man Belgien gewisse Rechte in fremden
Staaten beisteht, so in Dänemark (400 Millionen
dänische Kronen entfallen durch Abtretung der ersten
schlesischen Zone), in Brasilien (entfallen durch die
großen Geoprien in der brasilianischen Höfen), in den
Vereinigten Staaten (entstanden durch den Überschuß bei
unter Sequeler veräußerten Gütern in den Vereinigten Staa-
ten), in Luxemburg (wegen Kohlenlieferungen im Betrage
von fünf Millionen Franken monatlich) und in fast allen
Staaten der Welt aus Lieferungen von Staatsstellen.
Schließlich eines gewissen Gebots aus dem Verkauf des in
Belgien vorhandenen belgischen Kriegsmaterials. Nach dem
Abkommen, dessen Unterzeichnung bevorsteht, wird die
Deckung der Priorität am 1. Mai 1921 beendet sein. Sei-
ne es nicht, so erhalte Belgien den Rest aus dem ersten Ab-
schnitt der internationalen Anleihe, die ihm bis zu 50 Pro-
zent zufalle.

Vor dem Waffenstillstand zwischen Rußland und Polen.

Paris, 12. Juli. Wie der „Zeit Parisien“ meldet,
hat Grabski dem Ministerpräsidenten Blandin telegraphisch
die notwendigen Bedingungen zur Einstellung der Kämpfe und Einleitung von Waffenstill-
stands-Verhandlungen übermitteln.

Paris, 12. Juli. Wie der „Chicago Tribune“ aus
Spa gemeldet wird, hat der polnische Ministerpräsident
dem General Deputies Instruktionen erteilt, sofort
mit der Sowjet-Regierung Verhandlungen über den
Abbruch eines Waffenstillstandes zu beginnen.

London, 12. Juli. Wie der „Daily Telegraph“
meldet, ist eine Wochenschrift der Moskauer Regierung an
die britische Regierung ergangen, in der es heißt,
Frankreich habe einen Bericht übergeben. Die Sowjet-
Regierung werde den Befehl zur Einstellung der
Offensive gegen Polen geben, sofern die Alliierten die
bolschewistische Regierung anerkennen und
ihre Einwilligung zum Zutritt einer Friedens-
konferenz geben werden.

Paris, 12. Juli. Wie der „Zeit Parisien“ meldet,
ist Mißbill von den roten Truppen eingenommen worden.
Spa, 12. Juli. Die Mitglieder der polnischen Dele-
gation begaben sich nach Brüssel, von wo sie nach kurzem
Aufenthalt nach Paris weiterzogen.

Paris, 12. Juli. Marschall Foch und General
Beynaud sind aus Spa in Paris angekommen.

Rom, 12. Juli. Nach einer Mitteilung des ita-
lianischen Generalfußmarschalls sind die italienischen Truppen
Rechtschaffen besetzt und sind bis an die polnische Dima-

Burg-Wina vorgebrungen. Ferner wurden die Erbschaften Malloga, Bebbegie und Binsiki, die von den Polen gekümt worden waren, befestigt. In Malloga stehen die litauischen Truppen noch 20 Kilometer vor Wilna. Auch im Abschnitt Seinesfeld beginnen die Polen abzuräumen. Die dort befindlichen Truppen sind an die polnische Front getrieben worden. Nach einer längeren Weile ist der Ort Swenjanj in den Händen der Bolschewisten.

Downo, 12. Juli. Litauische Telegraphen-Agentur. Der litauische Stabschef, der sich bisher im Kampfe gegen die Feinde der litauischen Unabhängigkeit außerordentlich bewährt hat, hat seine allgemeine Mobilisierung angeordnet.

Der Sieg des Deutschtums im Osten.

Berlin, 12. Juli. Derlängste Ergebnis der Abstimmung in Westpreußen. Kreis Marienburg: 17 437 deutsche, 183 polnische Stimmen. Kreis Stuhm: 18 298 deutsche, 4019 polnische. Kreis Marienwerder: 22 215 deutsche, 1506 polnische. Kreis Rosenberg: 33 684 deutsche, 1074 polnische Stimmen. Ostpreußen. Allenstein (Stadt): 16 742 deutsche, 742 polnische. Allenstein (Land): 30 444 deutsche, 4423 polnische. Kreis Osterode: 46 108 deutsche, 1030 polnische. Kreis Neidenburg: 22 196 deutsche, 320 polnische. Kreis Erdfeldburg: 43 990 deutsche, 440 polnische. Kreis Rahmsburg: 33 627 deutsche, 14 polnische. Kreis Sensburg: 34 061 deutsche, 25 polnische. Kreis Rößel: 33 227 deutsche, 757 polnische. Kreis Ragn: 29 025 deutsche, 9 polnische. Kreis Lpt: 55 574 deutsche, 37 polnische. Kreis Diekeh: 23 649 deutsche und 2 polnische Stimmen.

Die erste Sitzung des Völkerbundes.

Washington, 11. Juli. (Reuter.) Amlich. Die erste Jahreshauptversammlung des Völkerbundesversammlung ist auf den 15. November festgesetzt.

Beendigung des Streiks im Saarrevier.

Saarbrücken, 11. Juli. Der Metallarbeiterstreik ist beendet. Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben die Wiederaufnahme der Arbeit für Montag vereinbart. Die Streitfrage werden nicht bezahlt, es treten aber auch keine Strafregelungen ein.

Von der Seemannskonferenz in Genua.

Lugano, 12. Juli (Sig. Drahtnachricht). Die internationale Seemannskonferenz in Genua schloß das Mindestlohn für die Anwerfung von Seelen auf den 14. Lebensjahr fest. — Da die Bestimmung über den Mindestlohn nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhielt, ist sie in der Ausführung der Konferenz als verworfen erklärt worden.

Vollparlament und Nationalrat.

Schon wenige Tage nach dem ersten Versuch zur parlamentarischen Arbeit sind die von der Deutschen Volkspartei im Reichstag gemachten Versprechungen wie ein Kartenhaus zusammengefallen. Das gilt namentlich für die innere, wie für die Handhabung der äußeren Politik, denn weder Dr. Heinze, noch Herr Sinnes haben sich als die „harteren“ Männer erwiesen, die angeblich alles besser machen und die Wahrung nationaler Würde unseren Feinden gegenüber in härterer Form zum Ausdruck bringen würden.

Das ganze im Wahlkampf am Tag gelebte Gebot und Genu, insbesondere das mit vielem Pathos betonte Versprechen, daß ein Sieg der Volkspartei schon eine Zerstückung des Reiches für Frieden bedeute, ist nicht verwirklicht.

Wie schwer die Wähler von dieser Parlamentarität gestraft sind für die Interessen der Schwerkinder, ist nicht mehr zu bezweifeln, denn die Partei hat sich nicht nur nicht gehalten, sondern hat sich in nationalen Fragen, wie sie der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, Dr. Stendel, kürzlich bei den Verhandlungen in der Landesversammlung befandete. Der demokratische Abgeordnete Berg aus hatte den Antrag gestellt, die bisher militärischen Jueden dienenden Gebäude in den Vorderen der Gesundheitspflege dienstbar zu machen und die Gebäude der Marineoffiziersabteilung in Korbey für die Behandlung unmittelfeld und kranker Kinder zur Verfügung zu stellen. Allen Parteien außer der Deutschen Volkspartei berührten diesen warmherzigen Antrag und unterstützten ihn besonders von nationalen Gesichtspunkte aus. Nur der Sprecher der Deutschen Volkspartei, Herr Dr. Stendel, muß anderer Meinung, weil er, wie er sagte, den Unwillen der Entente durch diese Maßnahme zu erzeugen befürchtete.

Schwer kann man die Minderheiten in der Behandlung unserer Nationalität kaum treffen, als es hier im reichlichen Parlament gescheh. Aus Grund vor einem etlichen Sitzungen der Entente getraut sich ein Vertreter der Deutschen Volkspartei nicht mal mehr, einer an sich schwerfälligen Verfügung über unser Eigentum und einer sozialen Mitleid gegen arme und erkrankte deutsche Kinder zuzustimmen. Und diese selbe Partei wollte sich im Wahlkampf als erste Partei Vertreter nationaler Interessen hinstellen und das Nationalgefühl demokratisch denkender Wähler anzuwecken! Die Partei ist auch auf diesem Gebiet schnell zutage getreten. Die Entente hat die Partei Dr. Stendel von allen anderen Parteien entgegenhalten, werden sie nicht im Innern darüber schlafen haben, wie man sie und über eine nationale Gehe der Deutschen Volkspartei denkt.

Deutsches Reich.

Schließung der Kette Gernersheim. Die letzte Festung der Kette, die Rheinlinie Gernersheim, fällt auch jetzt dem Verfall der Festungsbau zum Opfer, laut dem die Festungen des besetzten Gebietes zu schließen sind. Die Festung Gernersheim wurden die künftigen Befestigungsanlagen Gernersheim zerstört und erweitert; es entstanden ausgedehnte Feldanlagen, Betonunterstände, Schützengraben, Batteriefeld usw., die zum Teil nach dem Einrüden der Franzosen 1918 und 1919 zerstört wurden, wobei die Anlagen entfernenden Besondere der Gegend sich vielfach das Baumaterial, Eisenstrahl u. dgl. mitnehmen durften. Jetzt hat das Stadtbaudirektor der Kreisbauhaupt Speyer die Wiederherstellungsarbeiten übernommen, mehrere Hundert Arbeiter sind hier beschäftigt. Die zu verwendenden Steine usw. werden Verwendung bei Notwohnungen u. dgl. finden.

Konferenz der Sicherheitspolitiker. Am 14. Juli wurden sämtliche Oberpräsidenten und Leiter der Sicherheitspolitik bei dem Minister Göring zu einer Versammlung über die Umformung der Sicherheitsbehörde zusammengetreten.

Zur Stimmung im Osten. Reichspräsident Ebert sprach am Sonntag nachmittags das Telegramm an den Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen. Das Ergebnis der Abstimmung in Ost- und Westpreußen ist ein heller Lichtpunkt in der sonstigen trüben Zeit. Die deutsche Presse konnte sich in diesen Tagen nicht lösen und überzeugender erweisen. Ich bitte Sie, der Bevölkerung der preußischen Ostmark, die erhebdend für das alte Vaterland Zeugnis ablegen, den allerhöchsten Dank der Reichsregierung auszusprechen.

Eine Tagung der heimattreuen Ost- und Westpreußen.

Auf Veranlassung der Berliner Verbände heimattreuer Ost- und Westpreußen fand in der Nacht zum Montag unter Aufhebung der Polizeistunde eine Tagung der Berliner Ostmärker in den Räumen der Wilhelmstraße statt, die so zahlreich besucht war, daß auch in den Nebenräumen und in der benachbarten Vorhalle ein Teil der Anwesenden untergebracht werden mußte. Die Reden und schriftlichen Darstellungen aller Art waren eine gehobene unerfahrene Stimmung zum Ausdruck. Reichspräsident Ebert sprach über die Veranlassung folgendes Telegramm: Dem am Tage der Abstimmung vernehmen Ost- und Westpreußen sende ich meine herzlichsten Grüße. Ich vereine mich mit ihnen in der festen Zuversicht, daß der heutige Tag der deutschen Sache im Osten zu einem schönen Siege verhelfen werde.

Ausland.

Ein englisch-amerikanischer Zwischenfall.

Paris, 12. Juli. Der Korrespondent des „Intransigant“ in Spa meldet von einem englisch-amerikanischen Zwischenfall. Lord George sagte einem amerikanischen Journalisten auf die Frage, warum man in der Frage der Wiedergutmachung nachgeben wolle, die Amerikaner seien daran schuld, daß die Alliierten sich in schlechter Lage befinden. Das sei nach Amerika gefahret werden. Lord George, der gestern abend bei dem Festmahle der englischen und amerikanischen Presse den Vortrag führen sollte, sei nicht erschienen. In Spa werde allgemein von diesem Zwischenfall gesprochen.

Die Lage der Polen.

Spa, 12. Juli. (Havas.) Der polnische Ministerpräsident Grabski erklärte in einer Unterredung mit Zeitungsreportern den Ernst der Lage an der polnischen Front an. Die Bolschewisten hätten mit bedeutenden Streitkräften und verbessertem Kriegsmaterial angegriffen, insofern habe die verarmte Lage an der Front große patriotische Gefühle erweckt und den Wunsch der Besiegten des Völkervertrages überall im Lande wachgerufen. Der Ministerpräsident verzichtete nochmals die freudlichen Wünsche Polens. Er zweifelte nicht, daß die Alliierten es bei seiner Bedeutung zu Gunsten der Situation im Osten unterstützen würden.

Doppel 12. Juli. (Eigene Drahtnachricht).

Seit einigen Tagen werden an der oberösterreich-polnischen Grenze außerordentlich viele Arbeiter verhaftet. Es handelt sich zum Teil um polnische Militärsoldaten, die sich der Einziehung entziehen wollen, zum Teil um Deserteure. Die französischen Grenzwachposten ziehen sie wieder über die Grenze ab, wenn es auch vielen gelingt, nach Oberösterreich hineinzukommen.

Zusammenstöße in Antwerpen.

Spa, 12. Juli. Amlich. Das goldene Spontentages nach gestern die gesamte Polizei in Antwerpen mobil gemacht. Die Manifestanten rotteten sich in Bergeshof zusammen, wobei die Wüter, die darüber berichteten, von Franzosen belagert wurden. Radmittags 1/2 Uhr gelang es einem Zug von 500 bis 400 Mann mit Fohren in die Stadt einzudringen. Die Polizei griff ein und feuerte bunte Schüsse ab, wodurch die Manifestanten getrennt wurden. Sie rotteten sich aber wieder zusammen und machten einen Vorstoß auf das Rathaus, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, die mit Säbeln einhieb. Darauf wurde aus der Menge gefeuert. Die Polizei erwiderte das Feuer und zerstreute die Manifestanten. Es wurden einige wunde Verhaftungen vorgenommen. Drei Polizeibeamte und mehrere Manifestanten wurden verletzt.

Ein Staatsstreich in China.

Peking, 11. Juli (Reuter.) Die Lage in Peking ist außerordentlich ernst. Der Höhepunkt der Krise ist erreicht. Zhang Hsien-koh, der Führer der Militärpartei, riefte in der Richtung nach Süden ab. Die Bericht über Befehl der Truppen, gegen Peking zu marschieren. Man befürchtet einen Staatsstreich.

Halle und Umgegend

Der neue Stadthaushaltsplan.

Erhöhung der Realsteuern. — Schlüssziffer: 72 Millionen!

Der Magistrat hat den neuen Haushaltsplan fertig gestellt. Er zeigt am Schluß die Kreisfinanz 72 334 000 Mark. Aus der Uebersicht, die dem Etat beigegeben ist, folgendes heranzugeben:

1. der Magistrat beantragt den Stadthaushaltsplan in Einnahme und Ausgabe auf 72 334 000 M., folgendes:
 2. zur Deckung des Steuerbedarfs die Erhebung folgender direkten Steuern für das Rechnungsjahr 1920 zu beschließen:
 - a) eine Gemeindegroßsteuer von 12,5 Prozent des jährlichen Abrechnungswertes der steuerpflichtigen Grundfläche = 436 Prozent des Ertrags der Staatssteuern veranlaßten Grund- und Gebäudesteuer,
 - b) 400 Prozent der Höhe aus der besondern Gernersheim-Steuer der Stadt Halle ergebende Steuerfläse = 448 Prozent der staatlich veranlaßten Gemeindefläse oder
 - c) zusammengezeichnet 441 Prozent der gesamten Realsteuern,
 3. weiter zu beschließen, im Rechnungsjahr 1920 neben der für die Abkündigung von Zinsen bestimmten (siehe

613) von 1/2 Prozent des Abrechnungswertes des Grundfläse gemäß § 3 Absatz 2 der Gebührengesetz vom 17. Januar 1905 und auf Grund des von dem Hähli. Körperhöfen unter dem 9. Mai, 28. Mai und 3. Juni 1919 beschlossenen 3. Nachtrages vom 10. Juni 1919 eine Anzahlungsgeldsätze von 4,7 Prozent des Abrechnungswertes zu erheben, unter Bestimmungsgemäßer Freilassung der Wohnungen bis zu 300 Mark Mietwert.

4. der Gründung der bei den einzelnen Einnahmebesonderen Besondereleistungen zuzustimmen.

Zur Veränderung wird u. a. ausgeführt:
Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1920 gibt ein getreues Spiegelbild der bis zum Uebernahme anlaufenden finanziellen Verhältnisse. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 72 334 000 Mark ab, das bedeutet gegen das Jahr 1919 eine

Steigerung um rund 4 1/2 Millionen Mark.

Das Gewicht dieser Zahlen offenbart sich in keiner anderen Schere durch einen Vergleich mit dem letzten Etat vor dem Kriege. Die Gesamtausgabe für 1920 stellt etwa den fünffachen Betrag der Ausgabe des Krieges für den Etat 1914 dar, der mit rund 14 Millionen Mark abschloß, allein die Mehrausgabe für 1920 gegenüber dem vorigen Jahre ist also mehr als dreimal so hoch, als die gesamte Ausgabe für 1914. Sicherlich kommt in dieser ungeheuren Mehrbelastung zum Teil der nahezu völligen Wöden der Kriegsorten und die daraus sich ergebende Uebernahme erheblicher Gebührengeldsätze und Unterhaltungsanlagen, aber der ordentlichen Etat zum Ausdruck; denn nur die notwendigerweise fortgesetzten früheren kriegerischen Betriebe (Ernährungsamt, Kriegsabrufamt, Holz- und Kohlenwirtschaft) betreiben ihre Ausgaben noch aus angeordnet Mitteln und müssen sie anderwärts beschaffen, auch allen Einzelheiten des Uebens der Kreisverwaltung erklärt aber doch jenes Annehmen der Ausgaben nur zum kleinen Teil; ihren wesentlichen Grund haben sie in der seit dem vorigen Jahre sprunghaft gesteigerten Entwertung des Geldes; und viele sind wiederum ihren fälligen Ausbudd in dem Angelegenheiten des Uebens, die eine Mehrausgabe von 2 641 500 Mark zur Folge hat und insofern als geradezu unbillich empfunden werden muß, als die einzelnen Gemeinden der unbeschränkten Steigerung der Provinzial-Steuern nicht mehr durch eine entsprechende Erhöhung der Einkommensteuerumlagen gebührend über die ein wenig minder bedeutender Beweis für die einseitige Belastung der Gemeinden durch das Reich erheben ferner die Erhöhung der Schuldzinsen im Kredit V um 1 214 000 M., die zum größten Teil vermieden worden wäre, wenn das Reich keine schmerzhaften Verzicht auf die Einkommen von 11 Einnahmen und zwar selbst für diejenigen unter ihnen enthalten, deren reichliche Mittel eine Notlage früher höchstens als ausgleichend erweisen ließen.

Die stark Entwertung des Geldes drückt sich namentlich durch die in der einkommensmäßigen Steigerung der Armen- und 2 1/2 Millionen Mark aus, was noch die durch die Teuerheitsmäßige gebotene Mehrausgabe beim Uebensamt mit rund 1 1/2 Millionen Mark hinzunimmt. Bei beiden Einnahme- und Ausgaben- und Mehrausgabe rund 375 000 Mark). Da die Städte hier unumwundelt Mangel erfüllen, die zum wesentlichen Teil eigentlich dem Reiche zufallen, so muß u. E. geordert werden, daß das Reich sich sämtlich in erheblichem Maße an den dafür auszubehenden Kosten beteiligt.

Rein Etat der Studienministerien und Mehrausgaben nur durch die Erhöhung der Kanalgebühren von 2,4 Prozent auf 4,7 Prozent vermieden worden, die bei der ungeheuren Anspannung des Gesamtetats nicht zu umgehen war. Der Etat der Straßenbeleuchtung wäre noch mehr höher geworden, wäre nicht die Zahl der brennenden Laternen noch erheblich unter die schon in den Vorjahren festgesetzte Zahl herabgesetzt worden. Die verhältnismäßig noch erhebliche Steigerung der Ausgabe beim Theater endlich (rund 293 000 Mark) ist dadurch zu erklären, daß ein Anstieg für den Rückgang der Besucherzahl im Stadttheater durch nicht unerhebliche Einkommensentzerrungen aus den vermehrten Auführungen im Theater und in Wettbewerb erwartung wird, die es rechtfertigen, die Ermäßigung der Schließung des Theaters vorläufig zurückzuführen. Ueber den Betrieb der Thalia-Säle wird im Uebensamt ein Nachtragsetat aufgestellt werden. Zum Schluß sei auf die nach den transaktions Ertragungen des verlassenen Jahres höher nicht übermäßige Steigerung der Einkommensteuern in den Dispositionen des Reiches (XIV von rund 500 000 Mark auf rund 1 600 000 Mark) hingewiesen.

Anzeichen von der schon erwähnten Erhöhung der Kanalgebühren und der ihrer Natur nach beengenden und für den Gesamtetat nicht erheblichen, aber für die Beteiligten sehr schmerzlichen

Schuldenüberhöhungen auf fast den dreifachen Betrag

finden sich die ausfallenden Einnahmequellen im Kapitel I (Ueberschub aus 1918) beim Gas- und Elektrizitätswert sowie endlich im Steuer-Etat.
Ueber erwarten hat uns das Jahr 1918 — wohl zum letztenmal für lange Zeit! — noch einmal einen Ueberschub in der unerschöpflichen Höhe von rund 1 1/2 Millionen M., die sich aber in den letzten Jahren nicht mehr wiederholen werden, da die letzten Jahre gesteuert hat, das jetzt wohl im besten die Lage, daß wir im vorigen Jahre noch den weitaus größten Teil des Ueberschusses aus dem Jahre 1917 an den Ausfallstellen abführen konnten; in diesem Jahre schlaßen wir schmerzlichen Verzugs, den der gesamten Ueberschub dem Etat als Einnahme auszuweisen. Das Kapitel I weist nunmehr eine Mehrausgabe von 1 408 000 Mark auf. Umwogenen darf auch nur dem letzten Gebotenen Raum geben werden, den mit rund 8,6 Millionen Mark zu Buche bringenden Ausfallstellen aus nur zu einem kleinen Teile für Zwecke des diesjährigen Etats anzureichen. Es verbleibe noch als Geleise der Vermittlung, ja es wäre ein unentbehrlicher Gedanke, welchen wir unter letzte Referenz fassen; denn wir werden sie noch bitter nötig haben, sie wird wohlwollend, doch noch viel zu gering sein; sie wird nicht sein, ob und in welchem Maße das verlassene Jahr Anforderungen an den Ausfallstellen zum Deckung eines einzelnen Defizits helfen wird. Wir können nicht anders, als die für den vorangehenden Ueberschub und Unklarheit der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse kann uns trotz aller Sparmaßnahmen vor ungenügende und nicht abzuschließen, eine unauemäßliche Mehrausgabe zu verhindern, für die es an anderweitigen Deckung fehlt und für die dem Staat eine erhebliche Belastung durch die für die letzten Verhältnisse gewiß nicht übermäßig Befunde berechtigt. Hierfür geben insbesondere die Gefahr größerer Ausfälle bei den Einnahmen des Elektrizitätswertes, die im Falle einer wirtschaftlichen Krise in die Willigen gehen kann.

Wie die speziellen Details der Einnahmestärkungen, die Ueberhöhung der fälligen Werte angeht, so ist unter dem Gesamtertrag schwer unter der Unklarheit und Anspannung der Realsteuern, und es muß daher als eine immerhin beachtliche Leistung gewertet werden, wenn es dem Haupt-Etat einen Ueberschub von mehr als 2 Millionen Mark zur Verfügung stellt. Der dabei sich ergebende

